

Die demokratische Schließung: Zum Verhältnis von Alterität und liberaler Demokratie in juridico-politischen Diskursen, sozialen Performanzen und räumlichen Manifestationen

Mareike Gebhardt

»Aber eine Außengrenze ist wie eine Wohnungstür. Da entscheiden Sie ja auch, wen Sie reinlassen und wen nicht.«

Manfred Weber, Fraktionschef der Europäischen Volkspartei, 31. August 2015.¹

»Ich will bei mir zuhause Herr sein [...], um empfangen zu können, wen ich möchte. Ich beginne für einen unerwünschten Fremden und virtuell für einen Feind zu halten, wer auch immer in mein »Zuhause« eindringt und in meine Selbstheit, mein Gastfreundschaftsvermögen, meine Souveränität als Gastgeber eingreift. Dieser Andere wird zu einem feindlichen Subjekt, dessen Geisel ich zu werden drohe. [...] [Dies betrifft] die Notwendigkeit für den Gastgeber, also den Empfangenden, die Eingeladenen, seine Besucher oder Gäste, all die, denen er Asyl, Besuchs- oder Gastrecht zu gewähren beschließt, zu wählen, auszuwählen, zu filtern, zu selektieren. Keine Gastfreundschaft im klassische Sinne ohne Souveränität des Selbst über das Bei-sich-Zuhause; da es aber auch keine Gastfreundschaft ohne Endlichkeit gibt, kann die Souveränität nur dadurch ausgeübt werden, dass man filtert, wählt, also ausschließt und Gewalt ausübt.«²

Betrachtet man die aktuellen Debatten um nationale, inter- und supranationale Migrations-, Flüchtlings- und Sicherheitspolitik, tritt Derridas Kritik an der Selektionslogik des »Zuhause-Seins« deutlich hervor: Um ein Zuhause identifizieren zu können, bedarf es stets der Exklusion. Über diese Exklusion wird das Eigene markiert, aber gerade eben auch das Fremde. Die Logik des Zuhauses ist also nicht nur über Ausschlüsse wirksam, sondern auch über Einschlüsse. Damit ist jeder Ausschluss mit einer Wahl der Kriterien des Einschlusses verbunden und damit auch mit der Frage nach deren Legitimität.

¹ Weber, »Wir brauchen einen EU-Grenzschutz«, 01.09.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/csu-fraktionschef-weber-wir-brauchen-einen-eu-grenzschutz>

² Derrida, *Gastfreundschaft*, S. 45.

Hier setzen meine Überlegungen an, die die Auswahlkriterien der Selektion innerhalb liberaler Demokratien in den Blick nehmen. Die liberale Demokratie wird von Narrativen getragen, die von einer allumfassenden Fähigkeit zur Inklusion erzählen. Diese einseitige Erzählung vernachlässigt allerdings die Ausschlussmechanismen, die immer schon am Anfang einer Vergemeinschaftung stehen. Meine Analyse widmet sich dieser Leerstelle des liberalen Paradigmas und fokussiert auf demokratische Schließungs- und Abschottungspolitiken. Diese stehen in einer fragwürdigen Spannung zwischen der Liberalität ihrer normativen Ordnung einerseits und ihrer rechtlichen, soziokulturellen und räumlichen Hermetik andererseits. Innerhalb der liberalen Demokratie manifestieren sich Ausschlüsse also auf drei Ebenen, die in diesem Aufsatz aus heuristischen Gründen nacheinander diskutiert werden: Erstens installiert die liberale Demokratie auf *juridico-politischer Ebene* rechtliche Maßnahmen zur Regelung des Umgangs mit den »Anderen«³ (Gesetze zu Einwanderung und Asyl).⁴ Zweitens verdinglichen sich Ausschlüsse auf *soziokultureller Ebene* in den performativen und sprachlichen Praktiken der Bürger_innen, Politiker_innen und Amtsträger_innen. Damit bietet die liberale Demokratie innerhalb ihres geschützten Geltungsbereichs Möglichkeiten, die Angst vor den Anderen stereotyp zu artikulieren und damit *fremdenfeindliche* Äußerungen als »gutes Bürger_innenrecht« zu legitimieren. Schließlich unternimmt sie drittens *räumliche* Maßnahmen zur geopolitischen Abschottung in Rekurs auf Motive von Schutz und Sicherheit vor den (feindlichen) Anderen. Die Mauern in den Köpfen und die Mauern aus Beton markieren mentale und territoriale Grenzen, die entlang einer binären Differenzierung das Eigene vom Anderen trennen. Im Zeitalter der Globalisierung, in dem Grenzen durch transnationale Menschen- und Finanzströme porös, permeabel oder fluid geworden sind, treten territoriale Überlegungen erneut in den Vordergrund: Die Grenzpolitik der EU etabliert inzwischen nicht nur rechtliche Boll-

3 Ich unterscheide konzeptionell zwischen dem Anderen und den Anderen. Der Singular bezieht sich auf die figürliche Konstruktion des Anderen als Gegenstück einer binären Konstruktion des Eigenen, Inneren und Vertrauten. Dagegen bezieht sich der Plural auf konkrete Verkörperungen und lebensweltliche Gruppierungen. Dabei formuliere ich beide Alteritätskonstruktionen im Maskulin, da sie über eine hegemoniale, »männliche« Logik generiert werden.

4 Zu dieser systemischen Ebene möchte ich auch Ausschlüsse zählen, die unter Prekarität, Prekarisierung bzw. Prekärsein fallen und sowohl (sozio-)ökonomische Momente wie auch körperliche Verletzlichkeit beinhalten (zum Beispiel Armut): Lorey, *Regierung der Prekären*, S. 25ff.; Butler, *Precarious Life*, S. XVII ff. und 19ff.; dies., *Frames of War*, S. 2ff.

werke (»Dublin«), sondern verstärkt insbesondere an ihren (süd-)östlichen Grenzen die realen Barrieren.⁵

»Im Jahr 2003 wurde die sog. Dublin-II-Verordnung verabschiedet, welche das Dubliner Übereinkommen von 1997 ablöste. Sie weist kaum veränderte Regelungen zum Dubliner Übereinkommen auf: Derjenige Mitgliedstaat ist zuständig für das Asylverfahren, der die Einreise des Asylsuchenden zugelassen oder zumindest nicht verhindert hat. Asylgesuche sollen damit möglichst schnell bearbeitet werden. Asylbewerberinnen und -bewerber sollen einen effektiven Zugang zu den Verfahren zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft bekommen. Aus Sicht der Mitgliedstaaten zielt die Verordnung vor allen Dingen darauf, Asylmissbrauch zu verhindern, indem Mehrfachanträge verhindert werden. [...] Ergebnis der »Dublin II«-Verordnung ist indes eine rigidere Abschottungspraxis der EU gegenüber Flüchtlingen: Da ein Großteil von ihnen über den Seeweg bzw. über die »grüne Grenze« den Zugang zum Territorium der Mitgliedstaaten sucht, wurden die Grenzkontrollen signifikant erhöht. Die Grenzstaaten versuchen so, sich vor den durch die Asylverfahren entstehenden Kosten und der Asylzuwanderung zu schützen. Zugleich schwinden die Möglichkeiten, Asyl in der EU zu beantragen. Angesichts der Schwierigkeiten, überhaupt ein Asylgesuch zu stellen, ist es deshalb nicht verwunderlich, dass die Zahl an Asylbewerbern europaweit stetig abnimmt, obwohl dies für die Zahl schutzbedürftiger Menschen kaum zutreffen dürfte.«⁶

Auch außerhalb Europas gehen liberale Demokratien so weit, Mauerbauten als legitime demokratische Praxis auszuweisen: so zum Beispiel die USA an ihrer Grenze zu Mexiko. Im Phänomen der *demokratischen Schließung* identifiziert der Aufsatz daher die Notwendigkeit, die liberale Erzählung von individueller Freiheit, rechtlicher Gleichheit und gesellschaftlicher Pluralität durch ein Narrativ des Ausschlusses zu ergänzen.⁷

5 Stellvertretend sei hier auf die Aussagen des Fraktionschefs der Christdemokraten im Europäischen Parlament, Manfred Weber, verwiesen: In einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* äußert er sich über die Möglichkeit, FRONTEX an mehreren EU-Außengrenzen zum Einsatz zu bringen, um insbesondere Migrationsströme zu »kanalisieren« und eine »klare Rückführungspolitik« effektiv durchsetzen zu können (Weber, »Wir brauchen einen EU-Grenzschutz«).

6 Haase/Jugl, *Flüchtlingspolitik*. Seit dem 19. Juli 2013 ist die Verordnung Dublin III in Kraft, die weiterhin die »Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats [regelt], der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist« (*Verordnung (EU) Nr. 604/2013*).

7 In autoritären Staaten oder defekten »Demokratien« ist die Abschottung konstitutives Merkmal. Deshalb möchte ich betonen, dass sich die vorliegende Analyse auf *liberale* Formen der Demokratie richtet, deren Narrativ vom Dreiklang aus Rechtsgleichheit,

Im Zentrum des Aufsatzes steht damit auch die Frage nach den Bedingungen eines legitimen Umgangs liberaler Demokratien mit Alterität. Ich diskutiere unter dem Schlagwort der *demokratischen Schließung* Mechanismen, die die Anwesenheit des Anderen regeln und Alterität assimilativ eindämmen sollen. Mit dem Begriff des Anderen erfasse ich figürliche Konstruktionen, die über eine (angenommene) Präsenz innerhalb eines bestimmten Raumes ebenso festgelegt werden wie über eine (wahrgenommene) soziokulturelle Fremdheit. Alterität ist also eine Fremdhheitskonstruktion. Mit Waldenfels unterscheide ich drei unterschiedliche »Bedeutungsnuancen und entsprechende Bedeutungs-kontraste« des Begriffes vom Fremden: Fremd ist, erstens, »was außerhalb des eigenen Bereichs vorkommt als Äußeres, das einem *Inneren* entgegensteht; was zweitens »Anderen gehört, [...] im Gegensatz zum *Eigenen*« und schließlich »was von anderer Art, was fremdartig, unheimlich, seltsam ist, [...] im Gegensatz zum *Vertrauten* [...]«. Dabei verweist »[d]er Gegensatz Äußeres/Inneres [...] auf einen Ort des Fremden, der Gegensatz Fremd/Eigenes auf den *Besitz*, der Gegensatz Fremdartiges/Vertrautes auf eine *Art* des Verständnisses«. ⁸ Im Angesicht dieser dreidimensionalen Alterität etabliert die liberale Demokratie In- und Exklusionsmechanismen, deren Funktionsweisen im analytischen Mittelpunkt des Aufsatzes stehen. Die Argumentation wird von der These geleitet, dass sich ein legitimer Umgang mit Alterität nicht einseitig auf Inklusion *oder* Exklusion konzentriert, sondern anerkennt, dass sich demokratische Kollektivität innerhalb einer paradoxalen Bewegung von Schließung *und* Öffnung konstituiert.

Ich gebe mich in diesem Aufsatz damit auch auf eine demokratietheoretische Spurensuche, die diese Ambivalenz aufzeigen möchte. Dabei haben zeitgenössische Demokratietheorien die paradoxalen Verbindungen zwischen rechtlichen Regelungen, den sozialen und politischen Debatten sowie räumlichen Manifestationen fest in den Blick genommen. Die territorial-rechtliche wie auch gesellschaftliche Schließung der Demokratie zeichnet sich bereits innerhalb von akademischen Diskurslinien ab, an die der Aufsatz anknüpft: Habermas kritisiert die »Festung Europa«, Balibar (1993) spricht von den »Grenzen der Demokratie«. Agamben (2002) widmet sich den Mechanismen des Lagers und deutet es in Anlehnung an

Autonomie und Offenheit geprägt ist. Zur Rolle von Narrativen innerhalb des Politischen vgl. Hoffmann/Renner/Teich, *Narrative Formen der Politik*.

⁸ Waldenfels, *Grundmotive*, S. 111f.

Foucault als biopolitisches Paradigma der Moderne.⁹ Wendy Brown (2010) widmet ein ganzes Buch den »eingemauerten Staaten« und ihrer »schwindenden Souveränität«. In Rekurs auf diese Autor_innen geht es dem Aufsatz um eine demokratiethoretische Reflexion auf diejenigen Dynamiken, die sich durch den ausschließenden Einschluss entfalten.

Assimilation und Ausschluss – Rechtliche Legitimationsmuster der demokratischen Schließung

Territoriale Integrität, nationalstaatliche Bürgerschaft und die Verfügungsmacht über rechtliche bzw. politische Zugehörigkeit sind die Insignien klassischer Konzeptionen von staatlicher Souveränität. Die historische Einheit dieser drei Momente befindet sich durch transnationale Entwicklungen indes in Auflösung.¹⁰ Zwischen ihnen und den verschiedenen Anforderungen an eine globalisierte Arena gibt es erhebliche Spannungen. Der staatlichen Souveränität droht im Zeitalter der Globalisierung eine politische wie auch rechtliche Erosion, die so weit getrieben werden kann, bis die Existenz nationalstaatlicher Entitäten als solche in Frage gestellt wird (Kosmopolitismus). Daher lassen sich rechtliche Überlegungen zu territorialen und staatsbürger_innenschaftlichen Demarkationslinien im Spannungsverhältnis von gefährdeter Souveränität und gefährdendem Transnationalismus verorten: Wenn durch aktuelle Entwicklungen traditionelle Zuordnungsmuster (Innen/Außen, Eigenes/Fremdes, Vertrautes/Fremdartiges) fraglich werden, intensivieren sich die Verfahren des Ausschlusses. Kennzeichnend für diesen modernen Prozess ist mit Foucault eine Sublimierung der Ausschlussmechanismen: Die zunächst sichtbaren Formen der Staatsgewalt und Souveränität verfeinern sich zu einem unsichtbaren Regime, das dadurch nicht weniger gewalttätig regiert.¹¹ Diese Transformation der politischen Ökonomie der Sichtbarkeit

⁹ Es würde zu weit führen, im Rahmen des Aufsatzes auf die komplexen Diskursformationen um Agambens Theorie näher einzugehen. Für einen ersten Überblick verweise ich auf den Sammelband Loick, *Der Nomos der Moderne*, der die Diskurse um die politische Theorie Giorgio Agambens facettenreich und kritisch abbildet.

¹⁰ Zu einer vertiefenden Lektüre über das Verhältnis von Transnationalität und Demokratie vgl. den Sammelband Niesen, *Transnationale Gerechtigkeit und Demokratie*.

¹¹ Foucault, *Überwachen und Strafen*, S. 220–292.

wirkt sich auf die »Repräsentationsweise der Macht« so aus, dass im »souveränen Machtmodell [...] alle Sichtbarkeit dem Souverän und seiner Repräsentation [galt], während die Untertanen im Dunkeln blieben. Das Individuelle der Beherrschten war von keinem öffentlichen Interesse. Die moderne Disziplinarmacht dagegen interessiert sich vor allem für das Individuelle der von ihr verwalteten Subjekte, während sie selbst unsichtbar bleibt.«¹² Die normierende und sanktionierende Instanz der Moderne – das abstrakte Recht – bleibt im Gegensatz zum Körper des Königs unsichtbar, wohingegen die Subjekte an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit stets gut sichtbar sein sollen. Dies gilt für die Ausgeschlossenen genauso wie für die Eingeschlossenen. Denn die »Mikrophysik der Macht«¹³ überwacht sowohl diejenigen Subjekte, die über einen Einschluss als Bürger_innen identifiziert sind, als auch diejenigen Subjekte, die qua Recht als Monster, Perverse, Nicht-Bürger_innen oder Ausländer ausgeschlossen werden.¹⁴ Hierzu dienen rechtliche Markierungen, die sich in räumlichen Demarkationen manifestieren. Die Position und der Status der Anderen müssen klar sichtbar sein, um dem *demokratischen Wir*¹⁵ ein Gefühl der Sicherheit zu geben. In einer paradoxen Verquickung von Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit sollen die Anderen zunächst zeiträumlich lokalisiert werden, während es jedoch notwendig wird, ihre Anwesenheit mit einem dunklen Schleier zu versehen, um Fremdheit nicht zu normalisieren, sondern als Ausnahme zu markieren. Fremdheit wird zu einer Krankheit stilisiert, die man nur bekämpfen kann, indem man sie klar lokalisiert. Jedoch

12 Maye/Meteling, »Mediale Latenz«, S. 71.

13 Foucault, *Überwachen und Strafen*, S. 38.

14 Foucault erörtert in *Überwachen und Strafen* die verschiedenen Prinzipien, die der Eindämmung der Pest und der Lepra dienen sollten: Während die Pest durch einen protokollarisch festgelegten absoluten Einschluss der Erkrankten kontrolliert werden sollte, wurden die an der Lepra Erkrankten der Stadt verwiesen und sie ihrem eigenen Schicksal überlassen (ebd., S. 251–256). Im Anschluss daran würde ich formulieren, dass die liberale Demokratie beide Prinzipien auf die Anderen anwendet. In Flüchtlingslagern und Erstaufnahmeeinrichtungen herrscht das Prinzip der »Pest«; durch eine restriktive Asyl- und Ausweisungspolitik findet jedoch auch das Prinzip der »Lepra« Anwendung (vgl. Gebhardt, »Pest und Lepra«).

15 Ich arbeite mit diesem Begriff, um die binäre Struktur der Zugehörigkeit (Bürger_innen-schaft vs. Nicht-Bürger_innen) zu verdeutlichen. Dadurch vermeide ich den stark belasteten und essentialistischen Begriff des Volkes. Sollte ich ihn verwenden, so geschieht die Erwähnung des »Volkes« in vollem Bewusstsein seiner problematischen Geschichte, seines politischen Instrumentalisierungspotentials und seiner doppelbödigen Bedeutungsebenen (als *plebs* und *populus* bzw. als Masse und Souverän). Vgl. Agamben, *Homo Sacer*, S. 186ff.; Brown, »Demokraten«, S. 56–67.

soll man sich nicht immer mit ihr auseinandersetzen, um die Normalität des Alltags nicht zu gefährden. Trotz der enormen medialen Aufmerksamkeit, die Alterität derzeit erfährt, wird diese als Ausnahme – als »Krise« oder »Problem« – sprachlich markiert.¹⁶ Medialer Berichterstattung geht es nicht um eine Normalisierung der Ausnahme. Sie beschäftigt sich nur ganz selten und in ganz spezifischer Weise mit dem Alltag von Flüchtlingen, Kranken oder Perversen: Meist werden sie in krisenhaften oder problematischen Momenten Anstoß für eine mediale Auseinandersetzung mit Alterität. Erst in Momenten einer »aufdringlichen« Präsenz rückt das im hegemonialen Diskurs Entnormalisierte in den alltäglichen Mittelpunkt. Alterität wird hier als Ausnahme problematisiert und muss daher mit den Gesetzen des Ausnahmezustands, durch die eine Normalisierung außer Kraft gesetzt wird, behandelt werden.¹⁷

Die Konstruktion von Alterität verschiebt sich im Rechtsstaat von einer soziokulturellen Ebene auf die Ebene juridischer Reglementierung: Gesetze sollen die Mechanismen der *demokratischen Schließung* standardisieren und bestimmen, wer zum *demokratischen Wir* gehören darf. Aus diesen Gesetzen der Aufnahme und Ablehnung ergibt sich dann das »Volk«, das all diejenigen Einwohner_innen eines Landes umfasst, die nicht nur nach den Konventionen der Menschenrechte zu behandeln sind, sondern mit den vollen Bürger_innenrechten ausgestattet werden.¹⁸ Die Formation eines *demokratischen Wir* wird über die Markierung eines Anderen vollzogen. Dieser Andere erfährt im ausdifferenzierten System des Rechtsstaats eine gewisse Pluralisierung, die sich in meinen Augen als eine meist willkürlich vorgenommene Zuweisung von Zugehörigkeit erweist, für eine rechtliche Regelung jedoch nötig erscheint. Ich identifiziere hier drei figurative Konstruktionen: Der *absolut Andere* ist der Fremde, den wir nicht kennen, über den Wir nichts wissen (müssen) und dessen Alterität ihn vor Uns verbirgt. Der *Fremde* ist seit langem in Uns präsent. Seine Anwesenheit erlebt das demokratische Wir alltäglich und es darf (noch) hoffen, dass er sich Uns

16 So spricht Angela Merkel immer wieder von einer »außergewöhnlichen Situation«, wie zum Beispiel in ihrem Pressestatement vom 24. August 2015: »Es gibt Momente in der europäischen Geschichte, wo wir vor außergewöhnlichen Situationen stehen. Heute ist das so eine außergewöhnliche Situation, aber eine außergewöhnliche Situation, die anhalten wird, so lange die Krisen nicht gelöst worden sind.« (Merkel, *Pressestatements*, 01.09.2015, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-24-pressestatements-merkel-hollande.html>).

17 Gebhardt, »Ökonomien der Un/Sichtbarkeit – Spektakel der Souveränität«.

18 Dies., »Alterität und Menschenrechte«.

noch anähneln wird (»Integration«). Schließlich kann man von einem *Weniger-Fremden* sprechen, der Uns entweder von Anfang an weniger fremd erscheint (zum Beispiel durch einen gemeinsamen Kulturkreis, eine gemeinsame Religion etc.) oder fast schon zu Uns gehört. Dieser hat durch seinen rechtlichen Status, seine lange und friedvolle Anwesenheit sowie durch seine soziopolitische Inklusion die Berechtigung erworben, am Volk teilzuhaben: in ihm präsent zu sein – der Weniger-Fremde wird zum Nicht-Anderen, dessen Andersheit in einem Prozess juridico-sozialer Assimilation verschwindet und ihn zu Einem von Uns macht.

Assimilation dient hier einerseits der Stabilisierung der *demokratischen Schließung*; andererseits ergänzt die Erzählung von der gelungenen Einbeziehung den narrativen Dreiklang, den liberaldemokratische Systeme zu ihrer Legitimierung anstimmen. Dieser Dreiklang camoufliert jedoch die Ausschlüsse, die der Konstituierung von Kollektivität immer schon innewohnen.¹⁹ Statt die Notwendigkeit dieser Ausschlüsse zu artikulieren und performativ zur Geltung zu bringen, erzählt liberaldemokratische Politik Geschichten »gelungener« Integration, die anlässlich aktueller Ereignisse immer stärker hinterfragt werden müssen.²⁰ Entscheidend für die Legitimität des Ausschlusses ist die Antwort auf die Frage, wie ein *demokratisches Wir* konstituiert wird und wer seine Grenzen und Zugehörigkeiten festlegt.²¹

Das *demokratische Wir* ist angesichts lebensweltlicher Komplexitätssteigerung und globaler Hyperverflechtung notwendig ein fluider und kontingenter Begriff, der die alten Verbindungen zwischen Blut und Boden hinter sich lässt. Das *demokratische Wir* ist keine »greifbare Entität«, sondern ein soziopolitischer Raum der zunächst in »eine Form, in eine Szene gesetzt werden« muss: »Dieses In-Szene-Setzen der Gesellschaft, ihre Theatralität,

¹⁹ Butler, *Notes*, S. 3f.

²⁰ Die sexualisierten Angriffe auf Frauen durch vermutlich maghrebinisch bzw. arabisch stämmige Männer in der Silvesternacht 2015/16 von Köln hat eine verwirrte Debatte über die potentielle Misogynie des Islam und die strukturelle Islamophobie der westlichen Demokratie losgetreten. In ihr traten die komplexen Konfliktlinien zwischen Rassismus und Sexismus zutage; andererseits war jedoch auch eine facettenreiche und teilweise absurde Allianzbildung zu beobachten, die aus einem Amalgam sprachlicher Tabuisierung, systemischer Unfähigkeit und soziopolitischer Ratlosigkeit bestand. Weiterhin zeigt der Angriff auf einen Bus mit geflüchteten Menschen in Clausnitz vom 19. Februar 2016 eine krude Verschwisterung xenophober Ressentiments und angstbürgerlicher Gewaltbereitschaft, der die Bundes- wie auch die Landespolitik ohnmächtig gegenüberstehen.

²¹ Rancière, *Unvernehmen*, S. 109ff.; Balibar, *Grenzen*, S. 9 und 77–84; Butler, *Notes*, S. 4ff.

kann mit einer Wendung von Jacques Rancière als die ›Aufteilung des Sinnlichen‹ bezeichnet werden, die festlegt, wie die Bühne der Gesellschaft beschaffen sein soll, wer am Gemeinsamen teilhaben darf und wer nicht, welche Zonen sichtbar oder unsichtbar sind.²² Das *demokratische Wir* ist eine temporäre und fragile Konstruktion, die über Sprache und Handeln hervorgebracht wird. Allerdings wird sie essentialistisch aufgeladen, wenn am althergebrachten »Nexus Nativität-Nationalität«²³ festgehalten wird. Wenn Pegida lauthals proklamiert, *das* »Volk« zu *sein*, wird eine re-ontologisierte Logik der ethno-nationalen Zugehörigkeit beschworen, die die Anderen nicht nur zu assimilieren sucht, sondern deren Anwesenheit vollständig ablehnt. Damit zerstört die ontologisierte Variante des *demokratischen Wir* die Idee des Demokratischen selbst: nämlich die Bereitschaft, den Anderen aufzunehmen.²⁴ Denn die *story* der liberalen Demokratie erzählt von den unendlichen Möglichkeiten der Aufnahme unter der grundlegenden Bedingung, dass die Anderen immer einen Platz, einen schützenden Ort, eine neue Heimat in der Demokratie finden. Die »inneren Grenzen«²⁵ der Demokratie sollen laut dieser Erzählung keine Abschottungsmechanismen vor dem Anderen in Kraft setzen, sondern Ermöglichungsbedingungen der Aufnahme aktualisieren – und doch funktionieren sie nach gegenteiligen Standards.

Die Deformation des liberalen Narrativs lässt sich anhand der Europäischen Union darstellen, die ich hier als ein liberaldemokratisches System deuten und als paradigmatisch für die demokratische Schließungsbewegung verstehen möchte: Während die rechtlichen Grundlagen der EU die nationalen Zugehörigkeiten und Grenzübergänge in ihrem Inneren auflösen und innerhalb des eigenen Raums verschiedene Freiheiten garantieren (»Schengen«, »Maastricht«, »Amsterdam«), werden die rechtlichen wie auch räumlichen Ausschlüsse der Anderen an den EU-Außengrenzen immer

22 Maye/Meteling, »Mediale Latenz«, S. 47; Rancière, *Aufteilung des Sinnlichen*, insb. S. 21–49.

23 Agamben, *Homo Sacer*, S. 141ff.

24 »Die Unterscheidung zwischen der Demokratie und dem Demokratischen verdeutlicht demnach die Diskrepanz zwischen den institutionellen Ordnungen und systemischen Mechanismen der Demokratie als politischem System einerseits und dem normativen Anspruch des Demokratischen andererseits. Aus einer intransparenten Vermengung dieser beiden Begriffe geht die zeitgenössische Aversion gegen die Demokratie und ihre zahllosen Adjektivierungen hervor, die sich in dem Phänomen der Postdemokratie ausdrückt. Was politische Theorie an der Postdemokratie kritisiert, ist eigentlich eine Kritik an der Demokratie, keine Kritik am Demokratischen.« (Gebhardt, *Politisches Handeln*, S. 261)

25 Balibar, *Grenzen*, S. 82.

drastischer (»Dublin«, FRONTEX).²⁶ Es ist also eine Verstärkung von Mechanismen demokratischer In- und Exklusion zu beobachten: Während der Ausschluss in Diskursen und Gesetzen immer vehementer verhandelt wird, zelebriert ein demokratisches Wir den ethno-nationalen Einschluss. Die anhaltenden Diskussionen über (dringend) nötige Reformen der EU-Flüchtlingspolitik, restriktive Migrationspolitiken, Asylgesetzgebungs- und Einbürgerungspraktiken und gesellschaftliche Debatten des Ethno-Nationalen verdichten sich zu einem »populistischen Moment«, in dem aus dem dunklen Raum privater Ressentiments Misogynie, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie zu Grundlagen aktueller Politik werden.²⁷ Sie alle zeichnen ein finsternes Bild von der demokratischen Gastfreundschaft.²⁸

Die Diskussionen um die Abschottung der (liberalen) Demokratie und deren Legitimation scharen sich um die Schlagworte der Sicherheit und des Schutzes. Doch vor wem muss die Demokratie hier geschützt, wovor muss sie abgesichert werden? Symbolisieren diese Frage und die an ihr entbrennenden Diskurse nicht vielmehr das rechtliche Spektakel einer Ordnung, deren statische Souveränität im Zeitalter transnationaler Mobilität immer schon in Teilen suspendiert ist? In Anlehnung an Guy Debord möchte ich den Begriff des Spektakels als eine für die Spätmoderne charakteristische

26 Ebenso drastisch zeigt das »Einwanderungsland« USA seine Unerbittlichkeit gegenüber den unerwünschten Anderen an seiner südlichen Grenze zu Mexiko. Das US-amerikanische Wir – das sich in seiner großen Mehrheit aus Migrant_innen speist – fühlt sich zunehmend von Fremden umgeben und infiltriert. Die US-amerikanische Paranoia bildet ein narratives Pendant zur Erzählung des American Dream.

27 Vgl. Priester, *Populismus*, S. 16. In nahezu völliger Synchronizität erstarken in den liberal-demokratischen Systemen populistische Positionen: Im Unterschied zu einer ähnlichen Konstellation (v.a. in Europa) in den frühen und mittleren 1990er Jahren stellen sich diese neuen Populismen nicht als Ausfluss marginalisierter Gruppen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft dar; vielmehr erhält das aktuelle Auftauchen populistischer Positionen über Europa und die USA hinweg eine besondere Qualität dadurch, dass sich deren Vertreter_innen als Sprachrohr der »schweigenden Mehrheit« der »mündigen Bürger_innen« verstehen: Hauptargument dieser Bewegungen bildet die Aussage, dass die von der privilegierten Minderheit als »politisch unkorrekt« verurteilten Aussagen über die ausländischen Sozialschmarotzer, Arbeit- und Frauenwegnehmer, Terroristen usw. endlich einmal geäußert werden müssten. Schließlich entspräche die »öffentliche Meinung« der Bürger_innen nicht dem harmonisch-naiven Multikulturalismus des politischen Establishments und der »Lügenpresse«. Im europäischen Kontext trifft man diese Argumentationen u.a. in Frankreich (Front National), den Niederlanden (Partij voor de Vrijheid), Schweden (Sverige Demokraterna) und Deutschland (PEGIDA, AfD); in einer Verschränkung von Religion und Rassismus aber auch in den USA (Tea Party).

28 Derrida, *Gastfreundschaft*, S. 28ff.

Verschränkung von kapitalistischer und ästhetischer Entfremdung verstehen.²⁹ Jede_r erhält eine spezifische Rolle und einen bestimmten Wert: Durch die Ökonomisierung der Welt wird das Politische durch unternehmerische Prinzipien durchwaltet und wird zu einer Bühne, die Gewinn erwirtschaften muss: Theatral-unternehmerische Inszenierungsstrategien gewinnen die Oberhand. Dadurch wird dem ökonomischen Verhalten Vorrang gewährt gegenüber der kritisch-dissensuellen Auseinandersetzung. Das Bühnenspektakel der Politik arbeitet dabei mit einer Sichtbarkeit, in der die Helligkeit so gesteigert ist, dass das Licht der Öffentlichkeit unangenehm blendet und in eine Scheinwerferlogik umschlägt. Das demokratische Narrativ der Sichtbarkeit und Transparenz transformiert sich in das arkanpolitische Motiv der Unsichtbarkeit und Intransparenz.³⁰ Die Aufrechterhaltung des Scheins von Souveränität, nicht Souveränität selbst, ist Ziel und Zweck einer Politik, deren Inszenierung auf Abschottung setzt: Staatliche Gewalt wird mit politischer Macht verwechselt.³¹ Nichtsdestotrotz beweist die In-Szene-Setzung staatlicher Gewalt Durchsetzungskraft: Nicht nur soll dem Anderen jegliche Form körperlicher Durchdringung des *demokratischen Wir* vorenthalten werden, letztlich soll ihm jeglicher Mut und jegliches Interesse an einer »Infiltrierung« der Demokratie genommen werden. Die rechtlichen Grenzbefestigungen sind auf der einen Seite in gesetzliche Form gegossene Hürden der Aufnahme; auf der anderen Seite sind sie Ausprägungen einer Symbolpolitik, die lautstark in der »Wir wollen euch nicht haben«- und »Das Boot ist voll«-Rhetorik vorgetragen wird.

29 Debord, *Spektakel*, S. 13–18.

30 Maye/Meteling, »Mediale Latenz«, S. 77–83.

31 In Anlehnung an Arendts Machtbegriff spreche ich in diesem Artikel immer von staatlicher Gewalt oder Souveränität, um den repressiven Charakter zeitgenössischer Abschottungspolitik klar von einer politischen Macht zu trennen, die durch das gemeinsame Handeln von politisch engagierten Individuen konstituiert wird. Hier stehen sich die Hermetik der Staatsgewalt und die spielerische Dynamik politischer Handlungsmacht diametral gegenüber (Arendt, »Macht und Gewalt«, S. 174; Gebhardt, *Politisches Handeln*, S. 165–171).

(Nicht-)Anerkennung und Alterität – Sicherheitsdenken und Fremdenfeindlichkeit

Wen bewahren die liberaldemokratischen Sicherheitspolitiken, wen schützen die rechtlichen Barrieren? Zu wessen Vorteil arbeitet ihre paradoxe Bewegung des einschließenden Ausschlusses? Nationalstaatliche wie auch internationale Politik verweisen bei diesen Fragen auf die Integrität der Bürgerschaft, die über eine räumliche Einhegung ebenso stabilisiert werden soll wie über eine rechtlich-politische Markierung. Die Verfechter_innen der Nationalstaatlichkeit antworten auf die schwindende Souveränität mit Argumenten des Schutzes der Bürger_innen und der Verteidigung des modernen Rechtsstaats, die sich oftmals auf Motive von Fremdheit stützen.³² Sicherheit und Schutz vor dem Fremden dienen als Legitimationsschemata für eine immer stärkere Restriktion demokratischer Flüchtlings- und Migrationspolitiken. Sie stellen die Versuche dar, den Nationalstaat in seinem traditionellen Kleide zu bewahren: Ein Volk, eine Religion, eine Sprache – eine soziopolitische sowie kulturelle »Einheit«. Die Souveränitätsregime der zeitgenössischen Demokratie erfassen jedoch nicht mehr nur den Körper der Untertanen und verfeinern ihre Machttechniken und Herrschaftsapparate so weit, dass jede_r Einzelne erfasst und gezählt ist.³³ Vielmehr greift Foucaults biopolitisches Paradigma für zeitgenössische Liberalismen noch zu kurz, die auch den Geist der Bürger_innen erfassen wollen. Die körperliche Besetzung des Individuums durch sublimen Disziplinierungen muss durch eine mentale Besetzung erweitert werden. Die liberale Logik soll tief in die individuelle Psyche eingeschrieben werden, damit ökonomisch-effektives Verhalten unter dem Aspekt der Selbstoptimierung als Freiheit und Selbstverwirklichung empfunden wird. Die Biopolitik des alten Liberalismus steigert sich zur *Psychopolitik* eines neuen Liberalismus.³⁴ Mit der Wendung der Bio- zur Psychopolitik vollzieht sich eine Bedeutungsverschiebung innerhalb bürger_innenschaftlicher Konzepte: Der Staat ergreift nicht mehr nur Besitz von den Körpern seiner

³² Brown, *Walled States*, S. 52ff.

³³ Foucault, *Überwachen und Strafen*, S. 220ff.

³⁴ Vgl. Han, *Psychopolitik*, S. 33ff.: »So ist die Biopolitik grundsätzlich mit dem Biologischen und dem Körperlichen assoziiert. Sie ist letzten Endes eine Körperpolitik im weitesten Sinne. Der Neoliberalismus als eine weitere Verlaufsform, ja als eine Mutationsform des Kapitalismus befasst sich primär nicht mit dem »Biologischen, Somatischen, Körperlichen«. Er entdeckt vielmehr die Psyche als Produktivkraft.« (Ebd., S. 39)

Untertanen, vielmehr internalisieren die Bürger_innen selbst die neoliberale Optimierungslogik. An die Stelle des politischen Subjekts tritt nach Han das »Pro-jekt« als Optimierer seiner Selbst.³⁵ Das neoliberale *Projekt* benötigt keinen staatlichen Souverän mehr, sondern einen internationalen Ordnungsrahmen, der dem unternehmerischen Selbst weitest gehende »Freiheit« ermöglicht. In totaler Mobilität und Leistungsbereitschaft zählt der souveräne Akt der Konstitution eines Gemeinwesens nichts, die Vollendung des individuellen *Projekts* dagegen alles. Wer diesem *Projekt* im Weg stehen und gefährlich werden könnte, ist der Andere, der die Logik und Legitimität des *Neo-Liberalismus* hinterfragt. Spielt er nicht nach den Regeln des neoliberalen Systems – gleich aus welchen Motiven –, gefährdet er die systemische Stabilität. Zu diesen »gefährlichen« Anderen gehören auch Flüchtlinge und Asylsuchende, die aufgrund mangelnder Ressourcen nicht »mithalten« können und in weiten Teilen von politischer Handlungsfähigkeit abgeschnitten sind. Da sich in neoliberalen Gesellschafts- und Politiksystemen Zugehörigkeit über Leistung etabliert, werden Flüchtlinge und Asylsuchende an ihrer Leistungsbereitschaft gemessen. Daraus ergibt sich ein Klassensystem, das Wirtschaftsflüchtlinge von Kriegsflüchtlingen scheidet. Während die als ökonomisch motivierte Flucht von liberal-konservativen Kräften oftmals delegitimiert wird, indem vorwurfsvoll unterstellt wird, man hätte es aufgrund einer »falschen« Attitüde schon zu »Hause« nicht »geschafft«, fallen Kriegsflüchtlinge wenigstens unter humanitären Gesichtspunkten in den Bereich einer (staatlichen) Schutzwürdigkeit.

Die neue Angst vor dem Fremden beherrscht die (noch nationalstaatliche) liberale Demokratie, die danach trachtet, Alterität durch die Kraft des Gesetzes, durch die Markierung der Körper und die psychosoziale Dynamik der Gemeinschaft legitim-legal »aufzunehmen«. Damit etabliert sich eine neue Form von Fremdenfeindlichkeit. Die »neoliberale Rationalität betrachtet jeden Menschen und jede Institution [...] nach dem Muster einer Firma und verdrängt daher in der Politik demokratische durch unternehmerische Grundsätze«.³⁶ Der Asylsuchende, der Gestrandete und Hilflose, unterminiert die neoliberale Demokratie durch die Desavouierung ihrer Wirtschaftsimperative. Weil er sich nicht um die Erfolge und Errungenschaften neoliberaler Lebenswelten kümmern kann – er hat Hunger, er

³⁵ Durch die Neoliberalisierung der Politik wird das biopolitische Paradigma nicht abgelöst, sondern um ein psychopolitisches Moment erweitert (Ebd., S. 9f.)

³⁶ Brown, »Paradoxien«, S. 59.

hat Angst, er hat Unfassbares erlebt –, wird der Andere zur Gefahr für den reibungslosen Ablauf der Demokratie. In dieser Situation entsteht eine fremdenfeindliche Semantik, die sich weniger offen kultureller oder ethnischer Stereotype bedient. Vielmehr nutzt sie sozioökonomische Argumente, deren rassistische – und oft auch sexistische – Grundierung semantisch verschleiert wird. Dies untermauert jedoch noch einmal meine These, dass die einseitige Überhöhung der Inklusionsfähigkeit der liberalen Demokratie strukturell notwendige Ausschlüsse verschleiert. Wenn diese Ausschlüsse prekarisiert werden (zum Beispiel durch ökonomische Krisen oder *populistische Momente*) und offen zutage treten, reiben sich die Vertreter_innen der liberalen Demokratie verwundert die Augen. Die rationalistisch-egalitäre Sprache des (Neo-)Liberalismus führt also zu einer Verschleierung von Differenz, die zu einer soziopolitisch-strukturellen Ignoranz von Diskriminierung führt. Die ethnizistischen Vorurteile tauchen nicht »einfach so« auf. Vielmehr waren sie immer schon da, verbargen sich jedoch lange Zeit im dunklen Bereich des Privaten, der den Liberalismus nichts angeht. Die re-ontologisierte Rede von *dem* »Muslim« oder *dem* »Schwarzen« ist daher eine Reaktion auf die rationalisierte Nüchternheit des liberalen Systems, das die Bedeutung des Affekts³⁷ für das Soziopolitische fahrlässig unterschätzte. Es hat lebensweltliche Ethnizismen und kulturelle Stereotype nicht zum Verschwinden gebracht – wie oft suggeriert wird –, sondern vielmehr zementiert. Die neoliberale Sprache gibt sich also den Anschein rational-ökonomischer Argumente, mit denen das Asylgesuch des Anderen abgelehnt wird: Nicht nur die Rede vom »Wirtschafts-

37 »Where affect is unfixed, unstructured, and nonlinguistic, an emotion is one's personal expression that is structured by social convention, by culture. The distinction here between affect, as bodily sensation that exceeds what is actualized through language or gesture, and emotion or emotions, that which is actualized, can be illustrated through a discussion of one way we get from the one to the other. Affect is to the side of conscious thought rather than within it, but, as sensory intensity, it can stir an inchoate sense that we are experiencing something, a vague stirring that, if forceful enough, can induce efforts [...] to figure out what we are feeling and how to express it. In that figuring, we necessarily draw from culturally available labels and meaning and from our habits and experiences, through which a gesture or linguistic naming that »expresses« what we are feeling emerges. This »expression« is never complete, never an exact representation of our affective experience [...].« (Gould, »Affect and Protest«, S. 27) Im Gegensatz zu den Sozial- und Kulturwissenschaften hat sich in der Politikwissenschaft der *affective turn* nur langsam etabliert. Zur Verbindung von Affekt und Politik im deutschsprachigen Raum, s. Heidenreich/Schaal, *Politische Theorie und Emotionen*; Korte, *Emotionen und Politik*. Sehr erhellend außerdem: Sauer, »Gefühle als Regierungstechnik«.

flüchtling« zeugt von dieser Semantik, auch die Ökonomisierung der Stereotype (Angst um Arbeitsplatzverlust, sozialparasitäres Verhalten, Leistungsverweigerung) zeugen von einer semantischen Camouflage, die die Bezugnahme auf kulturelle Fremdheit durch die Referenz auf ökonomische Rationalität ersetzt. Dies zeigt sich auch an der Differenzierung zwischen »guten« und »schlechten« Anderen: Denjenigen, die gut ausgebildet, sprachlich kompetent und mit einem wirtschaftlichen *drive* ausgestattet sind, ist es erlaubt einzutreten, denn sie werden das *demokratische Wir* bereichern. Diejenigen, die ausgemergelt, hungrig und elend an den Stränden und Außengrenzen ankommen und Zeit brauchen, ihre Traumata zu verarbeiten, tragen nicht zur Leistungssteigerung bei – ihnen bleibt der Eintritt verwehrt:

»Überall dort, wo das ›Zuhause‹ [...] verletzt wird, wo jedenfalls eine Verletzung als solche empfunden wird, ist eine privatisierende, familialistische, ja – wenn wir den Kreis noch weiter ausdehnen – ethnozentrische und nationalistische, und somit virtuell fremdenfeindliche Reaktion vorauszusehen [...].«³⁸

Die Gründung einer Gemeinschaft hat immer auch Ausschlusspotentiale. Denn um sich als Gemeinschaft konstituieren zu können, muss ein- *und* ausgeschlossen werden: Wer gehört dazu? Wer nicht? Die entscheidende Frage ist hierbei die nach den Ein- und Ausschlusskriterien, die die Grenzen der Gemeinschaft pluralistisch öffnen oder hermetisch verschließen – oder eben beides in Balance bringen. Die dunkle Seite der demokratischen Öffnung – ihre illegitime *Schließung* – ist immer schon Teil der demokratischen Begriffs- und Ideengeschichte: Den Traum einer einheitsstiftenden Bürgeridentität kennt die politische Philosophie von Platon über Rousseau bis hin zu Carl Schmitt. Versuche, das totalitaristische Risiko der Demokratie einzudämmen, gibt es von Kant bis Habermas. So hat Kant in Auseinandersetzung mit der politischen Philosophie Rousseaus die Fallstricke der einheitsorientierten Demokratie genau analysiert – und in Reaktion darauf ein politisches Gemeinwesen entworfen, das diesen Mängeln durch politische Repräsentation, ethische Normierung und rechtliche Kontrollinstanzen entgegen soll.³⁹ Seine Konzeption liefert nach wie vor die Blau-

38 Derrida, *Gastfreundschaft*, S. 44.

39 Rousseau betont am Ende des sechsten Kapitels von Buch I des *Contrat social*, dass der »Akt des Zusammenschlusses [...] augenblicklich anstelle der Einzelperson jedes Vertragspartners eine sittliche Gesamtkörperschaft [schafft], die [...] durch ebendiesen Akt ihre Einheit [...] erhält« (Rousseau, *Vom Gesellschaftsvertrag*). Auf solche Passagen nimmt Kant Bezug (Kant, *Metaphysik der Sitten*, §§ 45–49). Das Kondensat seiner argumentati-

pause für die Skizzierung einer liberalen Demokratie, die anstelle des einheitsorientierten Volkskörpers parlamentarische Vertretung und Rechtsstaatlichkeit in den politischen Vordergrund rückt. Der demokratische Traum von bürgerlicher Gleichheit soll niemals in den totalitären Alptraum einer mit sich selbst identischen Volksgemeinschaft umschlagen können. Pluralität und Offenheit gegenüber den Anderen – sofern sie sich erfolgreich integrieren – wurde also auch ideengeschichtlich als Heilmittel gegen die dunkle Seite der Demokratie ins Feld geführt.

Die ersten Zeilen der US-amerikanischen Unabhängigkeitserklärung wie auch die Inschrift der Freiheitsstatue zeugen von diesem widersprüchlichen Geist des liberalen Narrativs: In ersterer wird deklariert, es sei *selbstverständlich, dass alle Männer/Menschen (!) in Gleichheit erschaffen* und *von Gott mit unveräußerlichen Rechten* ausgestattet wurden – wobei die formulierte Gleichsetzung von Mensch und Mann vom historischen Ausschluss der Frauen zeugt.⁴⁰ Im Sockel der Freiheitsstatue kündigt ein Sonett von Emma Lazarus, dass die *müden, armen, heimatlosen* und *vom Sturm gebeutelten Massen* durch das *goldene Tor* der liberalen Demokratie schreiten werden und dort Aufnahme erfahren werden.⁴¹ Zunächst also ist es der liberalen Demokratie ein Anliegen, den Anderen ein neues Zuhause sein zu können; eine Heimat für die Verfolgten des Krieges zu sein, für diejenigen, die in dessen Wirren

ven Auseinandersetzung mit den Gefahren der Demokratie findet sich in den Schriften *Zum Ewigen Frieden* (1795, insbesondere ab den Definitivartikeln) und der Rechtslehre (1797, insbesondere §§ 43–51, in: Ders., *Metaphysik der Sitten*). Vgl. dazu: Gebhardt, »Götter und Engel«, S. 19ff.

40 Gebhardt, »Alterität und Menschenrechte«; vgl. auch Brown, »Paradoxien«: Die paternalistische Imprägnierung der Männer(Menschen)rechtserklärungen wird in der englischen wie auch französischen Gleichsetzung von Mann und Mensch schon sprachlich deutlich: *We hold these truths to be self-evident, that All Men are created equal*, Déclaration des droits de l'homme et du citoyen. Darüber hinaus wird der freiheitsformierende Charakter der Unabhängigkeitserklärung fragwürdig, wenn man mit Derrida (*Declarations*) nach den Unterzeichner_innen der Erklärung fragt. Derrida identifiziert das Paradox, dass diejenigen, die textuell als Unterzeichnende fungieren, erst durch den Akt der Unterzeichnung selbst zu eben jenem Subjekt werden, das angeblich die Erklärung unterzeichnet; die *Declaration of Independence* hat entweder keine Unterzeichnenden und ist damit nichtig, oder sie kann nur von Gott selbst unterzeichnet worden sein, was sie zu einer *Abhängigkeitserklärung* (von der Obrigkeit Gottes) degradiert und damit den freiheits- und gleichheitsstiftenden Charakter der Erklärung desavouiert.

41 Im Sockel der Freiheitsstatue findet sich das Sonett *The New Colossus* von Emma Lazarus (1883), an dessen Ende zu lesen ist: »Give me your tired, your poor / Your huddled masses yearning to breathe free / The wretched refuse of your teeming shore / Send these, the homeless, tempest-tossed to me / I lift my lamp beside the golden door!«

staaten- und mittellos geworden waren. Dieser Aspekt wurde unter den Schlagworten der Assimilation, der Integration oder später auch unter dem Stichwort des Multikulturalismus diskutiert.⁴² Die Aufnahme der Anderen ist also Teil der liberalen Demokratie. Allerdings ist diese Aufnahme in den Verbund des liberaldemokratischen *Wir* nicht ohne Vorbedingungen: Sie ist eng verknüpft mit der Aufgabe von Alterität und abhängig von Kapazitäten und Ressourcen. In krisenhaften Momenten kann das Versprechen der Aufnahme zurückgenommen werden. Zur systemischen Aufrechterhaltung kann sich die inzwischen durch neoliberale Funktionsmechanismen gesteuerte zeitgenössische Demokratie nur die Aufnahme der »guten«, »leistungsorientierten« Anderen »leisten«. Dies stellt im Hinblick auf die eigenen normativen Standards der liberalen Demokratie einen zumindest fragwürdigen Umgang mit Alterität dar. In zeitgenössischen Formen der (neo-)liberalen Demokratie wird die Formation der Anderen zwar noch immer und vorwiegend über die Differenzierung zwischen dem Eigenen und dem Fremden, dem Innen und Außen, dem Normalen und Nicht-Normalen hergestellt.⁴³ Allerdings ist gerade die letzte der Waldenfeldschen begriffslogischen Kategorie mehr und mehr im Sinne einer ökonomischen Beurteilung zu verstehen: Der Andere wird über eine Kategorie der Dys-/Funktionalität beurteilt. Denn die Normalität des Neoliberalismus besteht in der Funktionsfähigkeit des Einzelnen – der entnormalisierende Diskurs betont dagegen Dysfunktionalität. In Anlehnung an meine oben entwickelte graduelle Stufenfolge von Alterität erweist sich der funktionierende, leistungsstarke Andere dem neoliberalen Regime als *weniger-fremd* und kann potentiell »Einer von Uns« werden, während der dysfunktionale, traumatisierte Andere dem Leistungsdictat *fremd, seltsam, »anders«* erscheinen muss.⁴⁴

42 Habermas, »Postnationale Konstellation«, S. 112f. Eine pointierte Kritik am multikulturellen Paradigma formuliert Waldenfeld: »Wir geraten auf die Bahnen einer Universalisierung, die ihre Fragwürdigkeit auch dann nicht verliert, wenn sie sich auf große Parolen wie Weltvernunft, Weltkultur, Weltbürgertum, Weltethos oder Menschheit beruft. Die Alternative zu diesem vermessenen Universalismus liegt nicht in einem Ethnozentrismus, der auf die Grenzen der eigenen Lebensform zurückfällt, die Alternative besteht in einer Überschreitung, einer Infragestellung und Beunruhigung des Eigenen durch das Fremde, dessen singuläre Ansprüche sich nicht in eine umfassende oder grundlegende Ordnung überführen lassen. Fremd ist genau das, was sich nicht »einbeziehen« lässt. Eine rein »inklusive Gemeinschaft, wie sie Jürgen Habermas vorschwebt, wäre eine Gemeinschaft, die ihre eigenen Grenzen verleugnet, oder sie wäre ein bloßes Gemeinschaftskonstrukt.« (Waldenfeld, *Grundmotive*, S. 128f.)

43 Ebd., S. 111f.

44 Ich danke Magdalena Scherl für ihre hilfreichen Anmerkungen an dieser Stelle.

Denjenigen, die durch das zynische Raster spätkapitalistischer Nutzenkalküle fallen, verschließt sich neoliberale Asylpolitik dann systematisch.

Dieser sozioökonomischen Logik, die in ihrem Hintergrund stets über ethno-nationale und rassistische Motive generiert wird, bedienen sich populistische Bewegungen und Parteien ebenso wie Vertreter_innen etablierter Politik: »Wir können nicht alle aufnehmen« und »Das Boot ist voll« wurden zu immer wieder wiederholten Phrasen einer symbolpolitischen Rhetorik, die stets ihre guten Absichten beteuerte, humanitäre Versicherungen semantisch leistete und dennoch kläglich daran scheiterte, die Not der Anderen zu lindern. Stattdessen wurde durch die bürokratische Rigidität des demokratischen Systems Not verstärkt und Hoffnungslosigkeit kaum ernst genommen: Die Flüchtlingsboote in »unserem Meer«, die Flüchtlingslager in Ceuta, Melilla, Calais, auf Sizilien, am Budapester Hauptbahnhof – sie verkünden die schreckliche Botschaft, dass das *demokratische Wir* der Hoffnungslosigkeit der Anderen mit rechtlichem Formalismus oder soziopolitischer Indifferenz begegnet.⁴⁵ Diese Hilflosigkeit der Anderen treibt viele Menschen um und motiviert sie zu handeln.⁴⁶ Doch ihr individuelles Engagement verblasst angesichts der systemischen Hürden, die die neoliberale Demokratie zur Aufnahme der Anderen errichtet. Indem sie daran scheitert, die Anwesenheit der Anderen anzuerkennen, entzaubert die (neo-)liberale Demokratie sich selbst. Ihr Versprechen der Inklusion transformiert sie durch rechtliche Maßnahmen in ein Bollwerk der Exklusion. Die zeitgenössische Demokratie skizziert ein Szenario, in dessen Mittelpunkt fehlende »Ressourcen« für die Regelung der Aufnahme

45 Vgl. in der SZ vom 1. September 2015: Prantl, *Es gibt viel wiedergutzumachen*, 01.09.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-in-deutschland-es-gibt-viel-wieder-gut-zumachen-1.2629505>. In seinem Artikel fasst Prantl die Ereignisse zum sog. Asylkompromiss 1993 prägnant zusammen. Er verweist auf die Folgen, die die Abschaffung des Asylgrundrechts hatte und hat, sowie auf das Versäumnis der Bundestagsparteien, ein adäquates Einwanderungsgesetz zu formulieren. Angela Merkels außersystemische Bemühungen, die Rigidität des europäischen Asylrechts realpolitisch zu unterwandern, können auch als ein Versuch gewertet werden, seine Neoliberalisierung zu verlangsamen. Letztlich zeigen die Wahlerfolge der AfD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg (15,1 Prozent), Rheinland-Pfalz (12,6 Prozent) und Sachsen-Anhalt (24,2 Prozent) vom 13. März 2016, dass es der Bundeskanzlerin, der Regierung insgesamt und den Vertreter_innen der etablierten Parteien kaum gelungen ist, das Wahlvolk von ihrer Asyl- und Einwanderungspolitik zu überzeugen.

46 An dieser Stelle möchte ich stellvertretend für viele Organisationen und Initiativen, die Asylsuchenden und geflüchteten Personen Unterstützung in vielfältigen Formen bieten, das Grandhotel Cosmopolis in Augsburg nennen. (<http://grandhotel-cosmopolis.org/de/>)

stehen. Sie möchte kein sicherer Hafen für Boote voller verzweifelter Anderer sein; sie ist selbst ein (sicheres) Boot, das fast voll ist, und daher muss gut ausgewählt werden, wer noch hineindarf.

Abschottung und Absicherung – Maßnahmen der geopolitischen Vermessung

Der Aufsatz diskutierte bis dato rechtliche und gesellschaftliche Mechanismen der *demokratischen Schließung* gegenüber verschiedenen Ausprägungen von Alterität: Die *Anwesenheit von Andersheit* wird in juridico-politischen Diskursen debattiert, soziopolitischen Stereotypen stabilisiert und schließlich in Gesetzen zu Migration und Asyl rechtlich verankert. Diese Anwesenheit muss jedoch auch räumlich verstanden werden. Sie folgt dabei einer doppelten Wahrnehmungs- und Temporalstruktur:⁴⁷ Auf der einen Seite ist die Auseinandersetzung mit dem Anderen in das *alltägliche* Geschehen liberaldemokratischer Systeme eingeschrieben – auf den Straßen und Plätzen, in den Schulen und Universitäten ist in der spätkapitalistischen Lebenswelt Alterität stets *anwesend*. Die routinierte Wahrnehmung der Anderen lässt Alterität jedoch in implizite Formen des Wissens sedimentieren, die Handeln und Verhalten auf einer nicht-sprachlichen und vor-reflexiven Ebene steuern.⁴⁸ Auf der anderen Seite erhält diese Anwesenheit eine *ereignishafte* Struktur, wenn Alterität nicht nur bloß latent anwesend ist, sondern in Ereignissen präsent wird, wie zum Beispiel in den Protestcamps und -märschen geflüchteter Personen. So entwickelt Isabell Lorey über die Analyse kapitalismuskritischer Protestbewegungen einen Begriff der »präsentischen Demokratie«, der auch für das ereignishafte Präsentwerden von Alterität greifen kann:

»Das Präsentische steht nicht in einem dichotomen Verhältnis zur Re-Präsentation, es entsteht vielmehr durch einen Exodus aus Dualismen zwischen Verweigerung und Engagement oder Konsens und Konflikt, durch einen Bruch mit identitären Konfrontationen zwischen »uns« und »ihnen«. In der Mitte des Präsentischen schlägt der Exodus zugleich eine Bresche für transversale konstituierende Prozesse. [...] Präsentische Demokratie ist nicht in erster Line eine Frage partizipatorischer Verfahrensweisen. Sie hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie sie sich als Hal-

⁴⁷ Ernst/Paul, »Präsenz«, S. 11f.

⁴⁸ Polanyi, *Tacit Dimension*.

tung in den Subjektivierungen neu entfaltet – als kritische Haltung von immer schon relationalen und sozialen Singularitäten. Andersheit ist mit dieser Haltung nicht mehr Anlass zur Furcht, sondern Garantie transversaler Beziehungen und neuer demokratischer Formen der Subjektivierung und der Selbstregierung.⁴⁹

Die zum Ereignis gesteigerte Alterität muss hier als Unterbrechung der normalisierenden Routine gedeutet werden und bedarf – meist medial gesteuerter – Inszenierungen.⁵⁰ In diesem kurzen und flüchtigen Moment eines unvorbereiteten Aufeinandertreffens oder in der direkten räumlichen Konfrontation nimmt der sublimale Ausschluss der Anderen Gestalt an: Durch ihre Körper und Stimmen erzählen sie von ihrer Geschichte – ihre Verborgenheit entbirgt sich für einen kurzen Moment.⁵¹ Jedoch bleibt über weite Strecken des alltäglichen Lebens hinweg die Anwesenheit der Anderen nur implizit (räumlich) spürbar.⁵² Die Bürgerschaft einer Demokratie weiß zwar um die Anwesenheit der Anderen. Meist verbleibt das Fremde aber an einem dunklen Ort und in lebensweltlicher Verschwiegenheit. Alterität ist nur im Schatten liberaldemokratisch propagierter Offenheit anwesend. In den letzten Jahren ist eine Wende zu beobachten: Die öffentliche Äußerung von Befremdung – eine Entfremdung gegenüber dem Eigenen angesichts des stets präsenten Fremden – wird von einem re-ontologisierten »Volk« als »gutes« Recht »wahrer« Bürger_innen proklamiert. Der fremdenfeindliche Umgang mit den Anderen findet nicht mehr nur an den Rändern der liberalen Demokratie statt: In Absetzung zum politischen Establishment und dessen Glorifikation »multikultureller« Harmonie wird

49 Lorey, *Präsentische Demokratie*, 03.08.2015, <http://transversal.at/blog/Presentist-Democracy?lid=praesentische-demokratie>

50 Lösch/Paul, »Präsenz, implizites Wissen und Fremdheit«, S. 152–156.

51 Reale Unterbrechungen der sedimentierten Wahrnehmung von Fremdheit können Flüchtlingsmärsche oder Protestcamps darstellen; doch selbst diese sind meist auf mediale Inszenierungen angewiesen, um eine gewisse Wirkmacht entfalten zu können. Sobald die Unterbrechung jedoch nicht direkt im Herzen des liberaldemokratischen Raums stattfindet, wird die Notwendigkeit medialer Inszenierung noch deutlicher. So zum Beispiel im Fall der Mittelmeerinsel Lampedusa, die über die mediale Inszenierung zu einem Synonym und Symptom des Scheiterns europäischer Flüchtlingspolitik wurde. »Lampedusa« ist nicht mehr nur eine italienische Mittelmeerinsel, vielmehr steht »Lampedusa« für die Tragweite des politischen Versagens: für die humanitäre Überforderung der Inselbewohner_innen, für die soziopolitische und auch rechtliche Überforderung des Einzelstaates wie auch für die Überforderung der Ankommenden, Gestrandeten und zuletzt Traumatisierten, die ihre Hoffnung auf ein menschenwürdigeres Leben in Europa jäh schwinden sehen.

52 Ebd.

die – auch territoriale – Abschirmung des »Abendlandes« gegenüber den (bedrohlichen) Anderen zum *common sense* einer sich als rational und aufgeklärt gebenden Gesellschaft. Mit Chantal Mouffe gehe ich davon aus, dass einer der entscheidenden Faktoren dieser Entwicklung die liberaldemokratische Vernachlässigung affektiver Dimensionen des Politischen ist.⁵³ Öffentliche Affektäußerungen und emotionale Zugehörigkeitsgefühle strukturieren spätkapitalistische Gesellschaftsformationen in weit höherem Maße als der Liberalismus annimmt, in dessen denkerischem Zentrum bürokratische Nüchternheit, männliche Vernunft und ökonomisch-politische Rationalität stehen.⁵⁴ Statt eine gelungene Affeksteuerung als Funktionsbedingung der Demokratie zu verstehen, wurden Affekte, Gefühle und Emotionen lange Zeit von liberalen Mehrheitspolitiker_innen als aus dem politischen Raum verschwunden erachtet. Die liberaldemokratische Rationalität und Aufgeklärtheit galt den westlichen Demokratien lange Zeit als überlegen gegenüber Irrationalität und Affektgesteuertheit der Anderen und verdiente in den Augen der Aufklärer Verteidigung: Verteidigung der ethisch-moralischen Errungenschaften des »Westens«, seines gesellschaftlichen Fortschritts und seiner politischen Klugheit gegenüber den diffusen und undurchsichtigen Machenschaften der Anderen.

Dieser Glaube an die Überlegenheit westlicher Aufklärung zeigt sich in den logozentrischen Mechanismen, die den Umgang mit den Anderen steuern: Assimilation, Anpassung oder Integration gelten als die Schlagworte einer gelungenen »Einbeziehung des Anderen«, die über kommunikative Vernunft hergestellt werden soll.⁵⁵ Doch folgen Motive der Anerkennung von Alterität einer Logik der Auflösung von Alterität, weil sie diese zu assimilativ zu nivellieren suchen. Der Andere darf nicht der Andere bleiben. Er muss »einer von uns« werden. Diese Logik hat Derrida in Kants Begriff der Hospitalität dekonstruktiv identifizieren können: Der Andere wird im Eigenen nur dann nach den Regeln der »Gastfreundschaft« behandelt, wenn er sich den für ihn fremden Gepflogenheiten anzupassen bereit ist.⁵⁶ Ich gehe davon aus, dass diese Logik Teil einer Bewegung ist, die ich als *demokratische Schließung* benannt habe. Dabei spielen jedoch nicht nur rechtliche, sprachliche und soziopolitische Schließungen eine Rolle, sondern auch räumliche Maßnahmen, wie der Bau neuer Mauern, die Be-

53 Mouffe, *On the Political*, S. 206f.

54 Sauer, »Gefühle als Regierungstechnik«, S. 248 ff.; Han, *Psychopolitik*, S. 13ff.

55 Habermas, »Postnationale Konstellation«, S. 128.

56 Derrida, *Gastfreundschaft*, S. 28f.; Kant, *Zum Ewigen Frieden*.

festigung von Lagern und die Errichtung neuer Grenzanlagen.⁵⁷ Dabei verschränken sich diskursive und geopolitische Praktiken, angesichts derer das Diktum von der *Festung Europa* in seiner Vehemenz und Dringlichkeit aktueller denn je erscheint. Dies wird auch anhand der politiktheoretischen Diskussion deutlich, die von räumlichen Metaphern durchdrungen ist: Nicht nur wird das (rechtliche) Bollwerk der zeitgenössischen Demokratie kritisiert, sondern auch das Grenzregime Europas oder die Ausweitung der Logik des Lagers zum *nomos* der Moderne.⁵⁸ Im Zentrum dieser politiktheoretischen Diskursformationen stehen einerseits die Symbolhaftigkeit und Bedeutungskraft räumlicher Ausprägungen von Schließungspraktiken, andererseits geht es in ihnen auch um eine dezidierte Analyse der Gesetzmäßigkeiten dieser räumlichen Manifestationen, die im Allgemeinen die zunehmende Standardisierung der Zugangsbedingungen verdeutlichen: Zugang in ein Land, Zugang zu Staatsbürger_innenschaft und Staatszugehörigkeit – und damit zu fundamentalen Rechten. Diese räumlichen Manifestationen bestimmen, welchem Anderen es erlaubt ist, »einer von uns« zu werden. Das *demokratische Wir* will diejenigen nicht »bei sich« haben, die weder sprachlich noch kulturell »zu uns passen«. Mauern, Lager und Grenzbefestigungen sind beeindruckende Manifestationen dieser Schließungsmentalität. Sie folgen einem binären Code, der hierarchisierend das Innen vom Außen, das Eigene vom Anderen, das Vertraute vom Fremdartigen scheidet. Das (demokratische) *Wir* wird vom (undemokratischen) *Sie* abgeschottet und das »Fremde« als Bedrohung konstruiert.

Dabei sind zwei verschiedene Logiken voneinander zu unterscheiden: die der Mauer und der Grenze von der des Lagers und des Ausnahmezustandes. Die *Mauer* und die *Grenze*⁵⁹ sind an der Demarkationslinie der Binarität von Inklusion und Exklusion lokalisiert und (re-)präsentieren geopolitische Strategien der Abschottung. Beide kümmern sich nicht um diejenigen, die von ihnen ausgeschlossen werden; stattdessen versichern sie denjenigen, die in ihrem Inneren leben, Schutz vor denjenigen, die außerhalb der Grenzen und Mauern stehen. Beiden geht es daher primär um die Absicherung und Perpetuierung der Exklusion. Der Unterschied zwischen ihnen besteht in der räumlichen Greifbarkeit: In ihrer realen Präsenz – nicht als Metapher oder mentaler Status – inszeniert die beeindruckende

57 Brown, *Walled States*.

58 Agamben, *Homo Sacer*, S. 127ff.

59 Es sei hier auch kurz darauf verwiesen, dass gerade für die Grenzsicherung oftmals (mobile und schnell aufzubauende) Zäune eine wichtige Rolle spielen.

Architektur der Mauer nicht nur die *demokratische Schließung* als Spektakel, sondern die Mauer ist selbst ein Spektakel.⁶⁰ Sie symbolisiert einerseits die souveräne Gewalt des Staates, andererseits ist sie selbst eine souveräne Gewalt – eine Bastion territorialer Souveränität. Die Grenze dagegen muss keine in Beton gegossene Barriere sein, sie kann natürlichen Ursprungs (Flüsse, Meere, Seen, Wüsten) oder willkürlich gezogen (von Kolonisatoren, von Kriegen), aber auch kulturellen Ursprungs (Religion) sein. Sie ist weit weniger greifbar und doch ermangelt sie nicht der beeindruckenden Standhaftigkeit der Mauer. Oftmals sind die Barrieren der (unsichtbaren) Grenze weitaus effektiver in der Abschottung als eine Mauer, die in ihrer brutalen Präsenz immer schon als das Symbol der Repression gesehen und begriffen werden kann. Sie verfügt daher über das Potential, zum Symbol des Protests und des Aufstandes gegen die Unterdrückung zu werden. Je stärker die Abschottung also wahrgenommen wird, umso mehr erhält sie eine Symbolträchtigkeit, die den Keim des Aufstandes in sich trägt. Keine der historischen Mauern konnte den Innenbereich, den sie schützen sollte, dauerhaft vor den Anderen sichern: weder die chinesische, die unzähligen römischen, noch die deutsch-deutsche. Doch die Grenzen und mentalen Barrieren zwischen verschiedenen soziokulturellen Formationen erweisen sich oftmals auch nach Jahrhunderten des Verschwindens einer Mauer so persistent wie die einstige architektonische Herrlichkeit der Mauer suggerierte. Diese Grenzen bleiben als tradierte Vorurteile im soziokulturellen Sediment einer Gemeinschaft verankert und werden über die Zeit »gerettet« und ins kollektive Gedächtnis eingeschrieben. Sie sind daher weit schwieriger zu überwinden als Mauern.

Das *Lager* funktioniert zunächst ebenfalls über eine binäre Logik. Allerdings geht es über die Mechanismen der bloßen Exklusion hinaus und folgt als juridico-politische Baumaßnahme einer paradoxen Struktur der »einschließenden Ausschließung«.⁶¹ Zunächst werden die irregulären Anderen identifiziert. Sie werden einbezogen, um ihren Ausschluss sichtbar zu machen. Ihre Einbeziehung dient ausschließlich der Markierung ihrer Position und der Sichtbarmachung ihrer Nicht-Zugehörigkeit. Die so Eingeschlossenen werden also individuell geortet und damit identifiziert, bevor sie in die scheinbare Anonymität einer Masse von Insass_innen zurückgestoßen werden. Der_die Lagerinsasse_in ist daher nicht nur eine_r von Vielen, die sich in den Augen der souveränen Gewalt nicht voneinander

⁶⁰ Brown, *Walled States*, S. 107.

⁶¹ Agamben, *Homo Sacer*, S. 95.

unterscheiden. Vielmehr verfestigt die räumliche Verfasstheit des Lagers die juridico-politische Position des Einzelnen: macht ihn oder sie zählbar und disziplinierbar und isoliert so jeden Einzelnen.⁶²

Eine weitere Besonderheit des Lagers ist seine doppelte räumliche Funktion, die die rechtliche wie auch politische Integrität des demokratischen Gemeinwesens wahren soll. Das Lager sichert nicht nur die Außengrenzen eines Staates, sondern wird in dessen Binnenraum errichtet. Nur hier können die Dynamiken des Lagers überwacht und in Zaum gehalten werden. Daher folgt das Lager nicht nur einem binären Code der Grenzziehung, der durch Zäune und Mauern abgesichert wird; vielmehr oszilliert die Logik des Lagers zwischen Einschluss und Ausschluss, zwischen Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit. Es folgt einer spektakulären Ökonomie, durch die sich staatliche Herrlichkeit inszeniert und ihre schiere Gewalt präsentiert.⁶³ Befindet sich das Lager in der Nähe der Schaltstellen politischer Souveränität, ist der in ihm herrschende *Ausnahmezustand* beherrschbar. Je näher die Sanktionsinstanz, desto effektiver die Mechanismen der Kontrolle.⁶⁴ Dabei spielt es – in Anlehnung an Foucaults Panoptismus-Theorie – keine Rolle, ob diese Nähe nur inszeniert ist oder tatsächlich besteht. Entscheidend ist, dass sie möglichst intensiv von den Insass_innen gespürt wird.⁶⁵

Diese Überlegungen im Anschluss an Agamben und dessen recht spielerische Foucault-Lesart lassen sich selbstverständlich nicht bruchlos auf die aktuelle Situation in Flüchtlingslagern und Erstaufnahmeeinrichtungen übertragen. Das Flüchtlingslager der liberalen Demokratie ist kein offenes rassistisches Konzentrationslager. Seine rechtliche Hülle und die Dezentralität der Unterbringung verleihen ihm eine ganz spezifische Form der (Quasi-)Legitimation. Doch auch in der liberalen Demokratie ist ein Lager keine Schutzstätte – es ist keine *gated community*.⁶⁶ Es ist ein Ort, an dem die repressive Souveränität politischer Herrschaft wirksam wird. Sie allein bestimmt über den Hoheitsraum und die personelle Zusammensetzung des Lagers. Residenzpflicht, eingeschränkte Bewegungsfreiheit, lückenlose Identifizierung und Zählung sowie ein rechtlich zu Passivität verurteiltes

62 Foucault, *Überwachen und Strafen*, S. 220ff.

63 Gebhardt, »Grenzverschiebungen«; dies., »Ökonomien der Un/Sichtbarkeit – Spektakel der Souveränität«.

64 Agamben, *Homo Sacer*, S. 179; Lemke, »Erosion der Rechtstaatlichkeit«, S. 55ff.

65 Foucault, *Überwachen und Strafen*, S. 258ff.

66 Marchart, *Politische Differenz*, S. 228f.

Dasein sind typische Merkmale einer Lagerlogik, die sich alle in Lagern der liberalen Demokratie finden lassen. Diese Merkmale tragen zu einer Hemmung des Mobilisierungspotentials der Insass_innen bei: Ein politischer Aufstand, ein demokratischer Aufschrei der prekarierten Vielen, soll verhindert werden. Das konfliktual-subversive Potential des Lagers wird rechtlich wie politisch gezähmt. Die Logik des Lagers vermag es, die Insass_innen sichtbar zu machen und zu kontrollieren. Sie zählt jeden Einzelnen und interessiert sich doch nicht für ihn oder sie. Sie strebt nach der Zählung eines jeden Anteils, um jeden Anteil an seinen Platz zu verweisen.⁶⁷ Sie verweigert den Insass_innen ihr politisches Potential und degradiert diese zu einem bloßen Teil eines größeren Anteils. Das Lager kann in kritischer Anlehnung an Agamben daher als *eine* – nicht aber als *die* – symbolische Struktur (neo-)liberaler Demokratiesysteme gedeutet werden.⁶⁸ Agamben übersieht jedoch, dass die Lagerstruktur subversive Potentiale hervorbringen kann. Für ihn kann es innerhalb politischer Strukturen keine Rettung vor der totalisierenden Dynamik des Lagers geben. Dies führt einerseits zur Entpolitisierung des politischen Raumes, da in ihm jegliche Möglichkeit des Handelns versagt wird und er so gar nicht erst aktualisiert werden kann; andererseits wird die Verantwortung für Veränderungen in einen kleinen bürgerlichen »Rest« verlagert, der von der alles umschließenden Lagerstruktur ausgenommen bleibt.⁶⁹ Agambens Theorie wird hier a-politisch, transzendental und »messianisch«: Nur die Hoffnung auf ein neues Zeitalter, auf die Errettung, eingeleitet durch hö-

67 Rancière, *Unvernehmen*, S. 40ff.

68 Agamben, *Homo Sacer*, S. 175ff.

69 Die exzessive Ausweitung der Lagerstruktur durch den »Theorieextremismus« Agambens (Marchart, *Politische Differenz*, S. 238) ist stark diskutiert worden. Insbesondere die pauschalisierende Argumentation, alle Lager – von den NS-Vernichtungslagern bis zu den *gated communities* (!) – seien gleich und darüber hinaus als universelle Struktur der Moderne zu identifizieren, muss irritieren (ebd., S. 221–241). Erwähnen möchte ich an dieser Stelle insbesondere drei Kritikpunkte: Erstens, eine Verallgemeinerung von Auschwitz zum »*paradigm of everything*« nivelliert alle spezifischen Unterschiede zwischen verschiedenen Ausprägungen des Lagers und banalisiert dadurch die jeweiligen Funktionsmechanismen (ebd., S. 227, Hervorhebungen im Original). Agamben erschafft, zweitens, eine »Verhängniserzählung welthistorischen Ausmaßes« und gießt sie in universalistischer Manier über alle soziohistorischen Entwicklungen. »Innerhalb dieser Verhängnislogik eines sich ungehindert ausbreitenden Lagerdispositivs hängt die Rettung allein an dem minimalen Rest, welcher der biopolitischen Trennung von Leben und Form/Recht entkommt«. Dies führt schließlich, drittens, zu einer »Entpolitisierung der Politik« (ebd., S. 222), denn »politisches Handeln [ist] in der passivierenden Totalität eines biopolitischen Globalspektakels überhaupt [nicht mehr] vorstellbar« (ebd., S. 226).

here Mächte, bleibt.⁷⁰ Damit erschafft Agamben ein Narrativ, das verhängnisvoll von der Allmacht des Lagers und der Ohnmacht der Menschen, der vollkommenen Handlungsunfähigkeit eines jeden Einzelnen, erzählt. Daher möchte ich an dieser Stelle insbesondere die lagerinterne Hoffnung auf Subversion betonen: Auch innerhalb der Lager regt sich Widerstand. Sowohl in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, den ethnischen Segregationslagern als auch in den Flüchtlingslagern der Jetztzeit gab und gibt es immer wieder eindrucksvolle Beweise menschlicher Handlungsfähigkeit – Agamben vernachlässigt diese Dimension fahrlässig. Und doch betont die Vehemenz seiner Argumentation elementare Lagermechanismen, die auch im Hier und Jetzt greifen. Auch die Flüchtlingslager der liberalen Demokratie legen einen dunklen Schleier über die Insass_innen: Die Lagerinsass_innen können nicht gesehen werden. Sie bleiben anonym, sie erhalten kein Gesicht und keine Geschichte. Sie bleiben im Schatten der demokratischen Herrschaft, und doch weiß diese immer, wo sie sind. Ihre Bewegungen werden *en detail* registriert und kontrolliert.⁷¹ Die Insass_innen dürfen also nur in regulierten Bewegungen in das helle Licht der Öffentlichkeit stoßen, meist bleiben sie im Schatten der liberalen Demokratie. Das Lager gehört damit zu den dunkelsten Räumen, die demokratische Herrschaft erschaffen hat.

In den baulichen Maßnahmen des Lagers manifestiert sich eine Verteilungs- und Selektionslogik, die nach bio- und psychopolitischen Ordnungsvorstellungen in Gang gesetzt wird. Dieses Kontrollregime erwächst aus restriktivem (supra-)nationalstaatlichen Denken über Sicherheit und Schutz. In ihm werden Ein- und Ausschlüsse räumlich definiert und rechtlich stabilisiert: Im Ausnahmezustand konvergieren räumliches und juridico-ökonomisches Spektakel, denn die rechtliche Proklamation des Ausnahmezustandes würde ins Leere laufen ohne einen Raum, in dem er zum Tragen kommt. Damit steht das Spektakel der Souveränität sowohl in der Figur des Ausnahmezustands als auch in der Etablierung des Lagers im

⁷⁰ Ebd., S. 232–237.

⁷¹ Diese Logik manifestiert sich beispielhaft an der Residenzpflicht von Flüchtlingen, deren Mobilität dadurch (größtenteils) aufgehoben wird. Die (wenn auch nur versehentliche) Übertretung der Residenzpflicht führt oftmals zu wenig verhältnismäßigen Sanktionen und kann sogar zu einer Aussetzung des Asylverfahrens oder in wiederholten Fällen zur Abschiebung führen. Jede Bewegung des Flüchtlings muss daher zuvorderst durch eine staatliche Instanz bewilligt werden bzw. im Rahmen der Residenzpflicht stattfinden (vgl. AufenthG § 61, Art. 1).

Vordergrund.⁷² Da Alterität die Souveränität des Eigenen immer in Frage stellt, muss eine Logik, die das Eigene absolut schützen will, das Fremde immer eindämmen. Ausnahmezustandsregelungen vermögen es, das Fremde als Ent-Normalisierung zu begreifen und ihm mit eindämmenden Maßnahmen zu begegnen. Der Andere erhält dann nicht nur die Färbung des Fremden, sondern wird als Feind gebrandmarkt. Die Macht des Souveräns verwandelt sich in souveräne Gewalt: Im Ausnahmezustand erfolgt die Suspendierung fundamentaler Menschen- und Bürger_innenrechte. Die Ausgeschlossenen befinden sich nicht mehr außerhalb des politischen Raums, sondern sind in seine repressive Räumlichkeit eingeschlossen. Die bedingungslose Souveränität, die der Ausnahmezustand ermöglicht, wirkt dann als Selektionsmacht, die über Ein- und Ausschlüsse bestimmt. Sie entscheidet über Konstitution, Verfasstheit und Zusammensetzung des *demos*. So bilden die »schwindende Souveränität« und die Angst vor dem Anderen eine entscheidende Dynamik demokratischer Prozesse, an deren Ziel die Abschottung vor dem Anderen steht.⁷³

In der Dunkelheit demokratischer Gastfreundschaft – ein Epilog

Die *demokratische Schließung* ist ein multidimensionaler Mechanismus. Seine Manifestationen finden sich in rechtlichen Reglementierungen, in politischen Strukturen und soziokultureller Performanz sowie in räumlichen Abschottungen. Sie folgen mal einer schlichten binären Logik, mal einem paradoxen Muster aus Ein- und Ausschluss – beides trennt und verbindet das Eigene/das Andere, das Innere/das Äußere und das Bekannte/Unbekannte. Es sind also nicht allein die Asylgesetzgebungen, es sind nicht nur die stereotypen Formen von Fremdenfeindlichkeit und nicht bloß die Mauern, Zäune und Grenzen, die jeweils verschiedene Schließungen in Gang setzen und symbolisieren. Vielmehr sind sie differente Manifestationen *einer* multidimensionalen demokratischen Schließung: Sie alle greifen ineinander und vollenden die Architektur des Ausschlusses. Damit

⁷² Lemke, »Erosion der Rechtstaatlichkeit«, S. 55ff.; Gebhardt, »Ökonomien der Un/Sichtbarkeit – Spektakel der Souveränität«.

⁷³ Brown, *Walled States*, S. 7f.

kommt es aber auch zu einer »Neuausrichtung, Anpassung und Neuverortung von Souveränität«⁷⁴:

»Ein Beispiel wäre Europa, wo nationalistischer Eifer zurückkehrt und überlebt, wo bisweilen versucht wird, ihn zu dämpfen oder umzulenken, und wo man daran arbeitet, die Außengrenzen des Kontinents auf eine Art zu sichern, die jene der alten staatlichen Souveränität imitiert. Genau wie das Flüchtlingsproblem [...] nicht nur ein Problem staatlicher Souveränität sein kann, sondern ebenso sehr [...] eine Gelegenheit für die Verfeinerung und Verstärkung staatlicher Macht, lässt sich das Flüchtlingsregime, bezeugt durch zahlreiche Flüchtlingslager entlang beider Seiten der alten und neuen Grenzen Europas, als ein Zeichen der neuen kontinentalen Souveränität der EU sehen [...].«⁷⁵

Diese Souveränität kann als »eine komplexe Struktur der Einrichtung und Verfügung über eine zugleich politische und juridische Ordnung [verstanden werden], für die die Bezugnahme auf eine Ausnahme konstitutiv ist.«⁷⁶ In einem wohlbekannten Kleide soll diese *neu ausgerichtete* Souveränität denjenigen Ausnahmezustand beherrschen, der in der spätkapitalistischen Globalisierung stets schwelt. Die Bewältigung des zeitgenössischen Ausnahmezustands hat nicht nur politisch-rechtliche Komponenten, sondern folgt psychologisch-ökonomischen Mustern, die sich über Effektivitätsüberlegungen und Freiheitssicherung plausibilisieren.

In der transnationalen Situation einer verschärften Konfrontation mit Alterität muss die Bevölkerung effektiv geschützt werden – doch vor wem und wovor? Vor dem vermeintlich Fremden, der Unsicherheit ins *demokratische Wir* trägt? Alterität stellt dieser Logik folgend immer schon eine Gefahr für die Einheit der Demokratie dar. Auch die liberale Demokratie braucht eine (einbeziehende) Einschränkung von Alterität – *e pluribus unum* –, sonst kann aus den Vielen kein Ganzes werden. Die Formation von Kollektivität vollzieht sich immer über einen ausschließenden Einschluss: In ihrer Konstituierung markiert sie diejenigen, die zugehörig sind, genauso wie diejenigen, die ausgeschlossen werden. Demokratisch ist diese Formation jedoch nur, wenn sie gewissen normativen Standards folgt, die ich als Artikulation und In-Szene-Setzung des Ausschlusses begreife. Der (einschließende) Ausschluss ist nur dann legitim, wenn er stets – diskursiv wie auch performativ – in Erscheinung treten kann und damit immer begründungsfähig bleibt. Auf diese Weise bleiben die Bedingungen, Ursachen und

⁷⁴ Honig, »Kosmopolitismus«, S. 104.

⁷⁵ Ebd.

⁷⁶ Flügel-Martinsen, »Agamben«, S. 30.

Mechanismen einer Formation von Kollektivität stets hinterfragbar. Kollektivität ist immer nur temporär, stets fragil und kann jederzeit neu aktualisiert werden.

Wenn in einer zunehmend vernetzten Welt nationalstaatliche Kollektivität brüchig wird, kann diese Erosion kaum über Neo-Nationalismen und Re-Ontologisierungen aufgehalten werden. Vielmehr gilt es, neue und spielerische Formen von Zugehörigkeit zu entwickeln, die Kollektivität beispielsweise nach transnationalen Aspekten neu ordnet. Wieviel soziopolitisches Potential hier freigesetzt werden *kann*, haben die Protestbewegungen der letzten Jahre eindrucksvoll bewiesen – von *Occupy Wall Street* und *Movimiento 15-M*, den Studierendenprotesten Großbritanniens, den Demokratiebewegungen des Nahen Ostens bis zu den *Slutwalks*. Bei aller Ernüchterung über die demokratische Dysfunktionalität vieler dieser Bewegungen haben sie der Weltöffentlichkeit doch vor Augen geführt, wie politische Macht auf den Straßen und den Plätzen der Metropolen weltweit generiert und dadurch Einfluss nehmen kann. Darüber hinaus haben sie multiperspektivisch und intersektional verschiedene Konfliktlinien in Frage gestellt: diejenigen zwischen Nationen, Religionen, Kulturen und Ethnien genauso wie die der Klasse, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung. Nach dem In-Erscheinung-Treten des Protests lässt sich jedoch aktuell eine Reaktion beobachten, die eine Wiedergewinnung nationalstaatlicher Souveränität in den Fokus rückt. Das so antiquiert anmutende sicherheitspolitische Spektakel, das in vielen Teilen der liberalen Welt längst als überwunden galt, kehrt zurück. Es etabliert »demokratische« Ordnungsvorstellungen, die ihre Stärke aus der Angst vor dem Souveränitätsverlust ziehen und undemokratische Praktiken des Ausschlusses etablieren. Um diesen Ausschluss der Anderen zu legalisieren und zu plausibilisieren, ergreift der zeitgenössische Rechtsstaat klassische nationalstaatliche sicherheitspolitische Maßnahmen, die zur Beruhigung des Wahlvolks weithin sichtbar sein müssen. Darüber hinaus aktiviert er jedoch ein neu-altes Sicherheitsdenken, das die Ablehnung gegenüber Alterität im *demos* selbst verankert: Die Zäune, Mauern und Grenzen sind nur die Visualisierungen eines alten Souveränitätsphantasmas, das die liberale Demokratie in ihrer Rhetorik hinter sich lassen wollte. Die rechtlichen Schließungen, die soziokulturellen Ausschlüsse und die territorialen Abschottungen repräsentieren die Renaissance einer pseudo-demokratischen Architektur, deren Grundfesten in der Dunkelheit der paradoxen Verquickung von Hospitalität und Hostilität verankert sind: im (unerschütterlichen) Ressentiment, dass demo-

kratische Gastfreundschaft einen fest umzäunten und absolut gesicherten Ort braucht, um sich entfalten zu können.

Literatur

- Abstimmungen in drei Ländern. Die Ergebnisse der Landtagswahlen im Überblick*, in: Spiegel Online, 14.03.2016, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wahlen-2016-die-ergebnisse-der-landtagswahlen-im-ueberblick-a-1082093.html>
- Agamben, Giorgio, *Homo sacer. Die Souveränität der Macht und das nackte Leben*, Frankfurt/M. 2002.
- Arendt, Hannah, »Macht und Gewalt«, in: Dies., *In der Gegenwart. Übungen im politischen Denken II*, München 2012, S. 145–208.
- Balibar, Etienne, *Die Grenzen der Demokratie*, Hamburg 1993.
- Brown, Wendy, *Walled States: Waning Sovereignty*, New York 2010.
- »Die Paradoxien der Rechte ertragen«, in: Christoph Menke/Francesca Raimondi (Hg.), *Die Revolution der Menschenrechte. Grundlegende Texte zu einem Begriff des Politischen*, Berlin 2011, S. 454–473.
- »Wir sind jetzt alle Demokraten...«, in: Giorgio Agamben/Alain Badiou/Daniel Bensaid/Wendy Brown/Jean-Luc Nancy/Jacques Rancière/Kristin Ross/Slavoj Žižek, *Demokratie? Eine Debatte*, Berlin 2012, S. 55–71.
- Butler, Judith, *Precarious Life: The Powers of Mourning and Violence*, London/New York 2004.
- *Frames of War: When is Life Grievable*, London/New York 2010.
- *Notes Toward a Performative Theory of Assembly*, Cambridge/London 2015.
- Derrida, Jacques, »Declarations of Independence«, *New Political Science*, Jg. 7, H. 1 (1986), S. 7–15.
- *Von der Gastfreundschaft*, Wien 2001.
- Debord, Guy, *Die Gesellschaft des Spektakels*, Berlin 1996.
- Ernst, Christoph/Paul, Heike, »Präsenz und implizites Wissen. Zur Interdependenz zweier Schlüsselbegriffe der Kultur- und Sozialwissenschaften«, in: Christoph Ernst/Heike Paul (Hg.), *Präsenz und implizites Wissen. Zur Interdependenz zweier Schlüsselbegriffe der Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld 2013, S. 9–32.
- Flügel-Martinsen, Oliver, »Giorgio Agambens Erkundungen der politischen Macht und das Denken der Souveränität«, in: Daniel Loick (Hg.), *Der Nomos der Moderne. Die politische Philosophie Giorgio Agambens*, Baden-Baden 2011, S. 23–40.
- Foucault, Michel, *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*, Frankfurt/M. 1994.
- Gebhardt, Mareike, »Von Göttern und Engeln. Die Republik zwischen Ideal und Utopie bei Kant und Rousseau«, in: Karlfriedrich Herb/Magdalena Scherl

- (Hg.), *Rousseaus Zauber. Lesarten der Politischen Philosophie*, Würzburg 2012, S. 19–31.
- *Politisches Handeln in der postmodernen Konstellation. Kritische Demokratietheorie nach Hannah Arendt und Jürgen Habermas*, Baden-Baden 2014.
- *Alterität und Menschenrechte. Webfehler in der juridico-politischen Matrix*, 26.01.2015, <http://voelkerrechtsblog.com/category/mareike-gebhardt/>
- »Ökonomien der Un/Sichtbarkeit. »Pest« und »Lepra« als Ordnungsprinzipien europäischer Asylpolitik«, Vortrag auf der Tagung *Foucault Revisited*, Universität Wien, 04.11.2016, unveröffentlichtes Manuskript.
- »Grenzverschiebungen. Überschreitung als demokratische Praxis«, in: Matthias Lemke/Annette Förster (Hg.), *Die Grenzen der Demokratie*, Wiesbaden 2017.
- »Ökonomien der Un/Sichtbarkeit – Spektakel der Souveränität. Zur Figur des Ausnahmezustands im Angesicht des Anderen«, in: Matthias Lemke (Hg.), *Ausnahmezustand. Grundlagen – Anwendungen – Perspektiven*, Wiesbaden 2017.
- Gould, Deborah, »On Affect and Protest«, in: Janet Staiger/Ann Cvetkovich/Ann Reynolds (Hg.), *Political Emotions*, New York/London 2010, S. 18–44.
- Grandhotel Cosmopolis, 21.11.2016, <http://grandhotel-cosmopolis.org/de/>
- Haase, Marianne/Jan C. Jugl, *Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU*, in: Grundlagendossier Migration, Bundeszentrale für politische Bildung 2007, 22.07.2015, <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/56551/asyl-fluechtling-spolitik?p=all>
- Habermas, Jürgen, »Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie«, in: Ders., *Die postnationale Konstellation. Politische Essays*, Frankfurt/M. 1998, S. 91–168.
- Han, Byung-Chul, *Psychopolitik. Neoliberalismus und die neuen Machttechniken*, 4. Aufl., Frankfurt/M. 2014.
- Heidenreich, Felix/Schaal, Gary S. (Hg.), *Politische Theorie und Emotionen*, Baden-Baden 2012.
- Hoffmann, Wilhelm/Renner, Judith/Teich, Katja (Hg.), *Narrative Formen der Politik*, Wiesbaden 2014.
- Honig, Bonnie, »Kosmopolitismus und Demokratie? Recht und Politik im neuen Europa«, in: Seyla Benhabib, *Kosmopolitismus und Demokratie. Eine Debatte mit Jeremy Waldron, Bonnie Honig und Will Kymlicka*, Frankfurt/M./New York 2008, S. 91–110.
- Kant, Immanuel, *Die Metaphysik der Sitten*, Werkausgabe Band VIII, Frankfurt/M. 1977.
- *Zum Ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Stuttgart 2002.
- Korte, Rudolf (Hg.), *Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung*, Baden-Baden 2015.
- Lemke, Matthias, »Erosion der Rechtstaatlichkeit. Der Ausnahmezustand als strategische Erzählung in der repräsentativen Demokratie«, in: Wilhelm Hoffmann/Judith Renner/Katja Teich (Hg.), *Narrative Formen der Politik*, Wiesbaden 2014, S. 49–70.

- Loick, Daniel (Hg.), *Der Nomos der Moderne. Die politische Philosophie Giorgio Agambens*, Baden-Baden 2011.
- Lorey, Isabell, *Die Regierung der Prekären*, Wien/Berlin 2012.
- *Präsentische Demokratie. Exodus und Tigersprung*, in: transversal texts 2014, 03.08.2015, <http://transversal.at/blog/Presentist-Democracy?lid=praesentische-demokratie>
- Lösch, Klaus/Paul, Heike, »Präsenz, implizites Wissen und Fremdheit aus kulturwissenschaftlicher Perspektive«, in: Christoph Ernst/Heike Paul (Hg.), *Präsenz und implizites Wissen. Zur Interdependenz zweier Schlüsselbegriffe der Kultur- und Sozialwissenschaften*, Bielefeld 2013, S. 151–183.
- Marchart, Oliver, *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Berlin 2010.
- Maye, Harun/Meteling, Arno, »Mediale Latenz und politische Form. Positionen und Konzepte«, in: Lutz Ellrich/Harun Maye/Arno Meteling (Hg.), *Die Unsichtbarkeit des Politischen. Theorie und Geschichte medialer Latenz*, Bielefeld 2009, S. 13–151.
- Merkel, Angela, *Pressestatements von Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Hollande vor ihrem Gespräch am 24. August 2015*, 01.09.2015, <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-24-pressestatements-merkel-hollande.html>
- Mouffe, Chantal, *On the Political*, Abingdon/New York 2005.
- Niesen, Peter (Hg.), *Transnationale Gerechtigkeit und Demokratie*, Frankfurt/M./New York 2012.
- Platon, *Der Staat*, Stuttgart 1982.
- Polanyi, Michael, *The Tacit Dimension*, Chicago/London 2009.
- Prantl, Heribert, »Es gibt viel wiedergutzumachen«, in: Süddeutsche Zeitung am 01.09.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/fluechtlinge-in-deutschland-es-gibt-viel-wiedergutzumachen-1.2629505>
- Priester, Karin, *Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon*, Frankfurt/M./New York 2012.
- Rancière, Jacques, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt/M. 2002.
- *Die Aufteilung des Sinnlichen. Die Politik der Kunst und ihre Paradoxien*, Berlin 2006.
- Rousseau, Jean-Jacques, *Vom Gesellschaftsvertrag. Oder Grundzüge des Staatsrechts*, Stuttgart 2003.
- Sauer, Birgit, »Bringing Emotions back in. Gefühle als Regierungstechnik: Geschlechter- und demokratietheoretische Überlegungen«, in: Jarzebowski, Claudia/Kwaschik, Anne (Hg.), *Performing emotions. Interdisziplinäre Perspektiven auf das Verhältnis von Politik und Emotion in der Frühen Neuzeit und in der Moderne*, Göttingen 2013, S. 241–258.
- Schmitt, Carl, *Der Begriff des Politischen*, 7. Aufl., Berlin 1963.
- Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitglied-*

-
- staat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist*, in: EUR-Lex, Access to European Union Law, 03.08.2015, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:32013R0604>
- Waldenfels, Bernhard, *Grundmotive einer Phänomenologie des Fremden*, Frankfurt/M. 2006.
- Weber, Manfred: »Wir brauchen einen EU-Grenzschutz«, Interview mit Manfred Weber, 01.09.2015, <http://www.sueddeutsche.de/politik/csu-franktionschef-weber-wir-brauchen-einen-eu-grenzschutz>